



Pressemitteilung

Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon 0711 / 224 62-28

Telefax: 0711 / 224 62-23

E-Mail: presse@landkreistag-bw.de

Alle Pressemitteilungen und mehr unter:

www.landkreistag-bw.de

Stuttgart, den 23.09.2019

**"Erhalt und Schutz der Artenvielfalt sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!
Es besteht Handlungsbedarf – aber mit sinnvollen Instrumenten und im Zusammenspiel mit der Landwirtschaft!"**

Landkreistagspräsident Walter äußert sich zum Volksbegehren Artenschutz

„Erhalt und Schutz der Artenvielfalt liegen im ureigenen Interesse unserer Gesellschaft. Auch vor dem Hintergrund der letztthin veröffentlichten Ergebnisse aus dem Insekten-Monitoring des Landes, die einen Rückgang auch für Baden-Württemberg klar belegen, sehen wir Handlungsbedarf“, erklärte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, der Tübinger Landrat Joachim Walter, anlässlich der Landespressekonferenz von proBiene zum morgigen Start der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren.

„Doch wir brauchen bessere Lösungen, als sie der Gesetzentwurf des Volksbegehrens Artenschutz vorschlägt, der an verschiedenen Stellen über das gemeinsame ökologische Ziel hinausschießt. Absolut kontraproduktiv ist es insbesondere, wenn das Volksbegehren die Forderung erhebt, den Einsatz von jeglichen Pestiziden auf knapp einem Drittel der Landesfläche pauschal zu verbieten. Dies würde eine Bewirtschaftung der betroffenen Flächen de facto unmöglich machen. Es besteht die reelle Gefahr, dass sich einheimische landwirtschaftliche Betriebe zunehmend vom Markt zurückziehen. Für die regionale Nahrungsmittelproduktion, die im Zuge der Klimawende eigentlich gestärkt werden soll, wäre dies ein herber Rückschlag. Ein Rückgang des Pestizid-Einsatzes ließe sich ungleich wirksamer durch die Schaffung und Ausweitung einschlägi-

ger Fördertatbestände im Sinne eines echten Anreizsystems erreichen. Schließlich kann der Erhalt und Schutz unserer Kulturlandschaft und der von ihr abhängigen Arten nur gemeinsam und nicht einseitig zu Lasten der Landwirtschaft auf den Weg gebracht werden“, betonte Präsident Walter.

„Auch handwerklich weist der Gesetzentwurf des Volksbegehrens Artenschutz große Schwächen auf. So sind etwa die von den Initiatoren vorgesehenen Ausnahmen vom Einsatzverbot für Pestizide ein bürokratisches Monstrum. Artenschutz erreicht man nicht durch mehr Papier und zusätzliche Behördengänge, sondern indem man Biodiversität und Landwirtschaft praktisch zusammenbringt“, so der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg.